

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro dreizehnpaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 131.

Sonnabend, den 6. November

1897.

### Tagesgeschichte.

Die öffentliche Meinung in Deutschland wird noch immer vorwiegend durch die plötzliche Wendung in der Frage der Militärstrafprozessreform in Anspruch genommen, welche die bestimmte Aussicht auf die Vorlegung der neuen Militärgerichtsordnung in der nächsten Reichstagsession und hiermit das vorläufige Verbleiben des Reichszanklers Fürsten Hohenlohe im Amte gesichert hat. Es fehlt natürlich nicht an allerhand Mutmaßungen über die Ursachen, die den Kaiser zu seinen nach Lage der Dinge überraschenden Entschliessungen in Sachen der so lange schon schwebenden Militärstrafprozessreform veranlaßt haben, indessen dürften alle diese Combinationen ebensowenig auf authentischer Grundlage beruhen, als dies von den aufgetauchten Zeitungsmittelungen über den Inhalt der neuen Militärstrafprozessordnung gilt. Man wird eben in letzterer Beziehung einfach das Weitere abwarten haben, und da die betreffende Vorlage dem Reichstag gleich bei Eröffnung seiner neueren Session zu gehen soll, so steht ja ihre Veröffentlichung baldigst zu erwarten. Aber erst der Inhalt des die Militärstrafprozessreform betreffenden Gesetzentwurfes wird dessen parlamentarischen Schicksal bestimmen; sollte der Entwurf nicht den vom Fürsten Hohenlohe seinerzeit im Reichstage gemachten Verheißungen entsprechen, so wäre sein Scheitern unabweisbar zu gewärtigen.

Der erbitterte Lohnkampf der letzten Jahre hat die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in vielen Geschäftszweigen leider unrettungsvoll verschärft. Hiervon zeugt auch der Beschluß der Arbeitgeber, unter sich eine Gesellschaft zu gründen, um sich gegen Verluste aus Arbeitseinstellungen schadlos zu halten. Die Gesellschaft ist bereits gegründet worden, doch hat hierbei die russische Regierung infolge von Gunsten der Arbeitnehmer eingegriffen, als auf ihre Veranlassung hin in die Versicherungsbedingungen die Bestimmung Aufnahme gefunden hat, daß solche Streiks nicht unter die Versicherungspflicht fallen, welche seitens der Arbeitgeber unbedingter Weise provocirt werden.

In Oesterreich ist die parlamentarische Schaufrist, welche der 27. und 29. Oktober folgte, abgelaufen, am Donnerstag hat das Haus seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Die umlaufenden Gerüchte von angeblichen wichtigen Ministerrathsbeschlüssen, von Rücktrittsabsichten des Ministerpräsidenten Grafen Badeni, von Differenzen zwischen ihm und der Polenpartei u. s. w. haben sich sammt und sonders als unbegründet erwiesen, Regierung und Rechte sind nach wie vor einig darin, daß der Obstruktion der Opposition mit aller Gewalt ein Ende gemacht werden müsse, der wilde parlamentarische Kampf wird also weiter gehen. Die deutsche Linke ist fest entschlossen, auch fernerhin alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Behauptung ihrer Stellung zu gebrauchen, es kann also im österreichischen Volkshaufe abermals recht „nein“ werden! Viel bemerkt wird die kräftige Kundgebung zu Gunsten des bedrängten Deutschthums in Oesterreich, welche Professor Theodor Mommsen, der berühmte deutsche Geschichtsschreiber, durch seinen in der „Neuen Fr. Pr.“ veröffentlichten Brief ins Werk gesetzt hat. Diesen offenen Brief, in welchem die heutigen Wirrsale in Oesterreich überaus scharf und doch so treffend beleuchtet werden, sollte der Kaiser Franz Josef lesen, da würde der österreichische Herrscher es wohl endlich inne werden, wohin die heutige slavensfreundliche Wirthschaft in seinem Reiche zu führen droht und führen muß!

Wien, 4. November. Abgeordnetenhaus. Nachmittags 1 Uhr. In Beantwortung einer Anfrage Daszinsky's, betr. die Aufnahme von Interpellationen, die in fremder Sprache gestellt werden, in das Protokoll, erklärte Vizepräsident Abrahamowitsch, die Geschäftsordnung enthalte keine hierauf bezügliche Bestimmung. Die Entscheidung über diese Frage liege bei dem zukünftigen Präsidium des Hauses, dessen Entschliessungen er nicht vorgreifen wolle. Der Vizepräsident beantwortete hierauf verschiedene Anfragen, warum mehreren Abgeordneten das Wort zur formellen Geschäftsbehandlung nicht erteilt worden sei, verweist auf die stürmischen Szenen der letzten

Sitzung, sowie auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung und erklärte, das Präsidium des Hauses werde auch weiterhin die Geschäftsordnung so handhaben, wie sie gehandhabt werden soll, uneingeschränkt durch die Vorkommnisse und Drohungen, weil das Präsidium von der Ueberzeugung ausgehe, durch eine derartige Handhabung der Geschäftsordnung in erster Reihe dem Wohle der Allgemeinheit, dem Wohle des Staates zu dienen, vor allem aber die Verfassung in Schutz zu nehmen. (Lebhafte Beifall und Handklopfen rechts, Lärm links.) Abg. Schönerer beantragt namentliche Abstimmung über eine Petition, worauf eine zweite namentliche Abstimmung für einen ähnlichen Antrag des Abg. Herbst folgt. Nach fünf namentlichen Abstimmungen unterbrach Vizepräsident Kramarec die öffentliche Sitzung und beraumte eine geheime Sitzung an zur Nichtigstellung des Protokolls der letzten geheimen Sitzung. Die geheime Sitzung dauert fort. — Die „Neue Freie Presse“ meldet, die Regierung beabsichtigt, falls es in der heutigen Nachtigung zu großem Tumult kommen sollte, den Reichsrath sofort zu vertagen; passirt das Ausgleichs-Provisorium die erste Lesung, dann erfolgt die Vertagung Mitte November.

In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderathes kam es zu einem tumultuarien Zusammenstoß zwischen den Christlich-Sozialen und den deutsch-nationalen Antisemiten. Der deutsch-nationale Gemeinderath Dr. med. Gruber sprach gegen den Antrag, die Verpflegung der Pfandner im Bürgerverordnungsamt einzuschränken und rief den Christlich-Sozialen zu: „Sie thäten besser, für anständige Verpflegung und Verpflegung der Pfandner zu sorgen, denn Sie werden nächstens alle selbst in Verpflegung kommen müssen.“ Die Christlich-Sozialen erhoben sich zu stürmischen Widerspruch. Bürgermeister Lueger erklärte Gruber für ausgeschlossen aus der Sitzung, Gruber erklärte aber, er verlasse den Saal nicht. Lueger unterbrach die Sitzung auf kurze Zeit, Gruber wiederholte dann seine Weigerung, den Saal zu verlassen. Der deutsch-nationale Lehrer Tomanel erhob Protest gegen Grubers Ausschließung, worauf Lueger auch Tomanel ausschloß. Dieser weigerte sich gleichfalls, den Saal zu verlassen. Die christlich-soziale Majorität verlangte scharf Grubers und Tomanel's Entfernung. Lueger forderte nun die Rathsbienner auf, Ordnung zu schaffen. Die Diener zögerten aber, einzuschreiten. Hierüber brach eine solche Entrüstung aus, daß Lueger die Sitzung schließen mußte, nachdem er erklärt hatte, gegen Gruber und Tomanel strafgerichtliche Anzeige wegen gewaltsamer Störung einer öffentlichen Körperschaft erstatten zu wollen. — Im Verlauf der Sitzung wies Dr. Lueger die in dem Briefe des Professors Mommsen enthaltenen Angriffe auf die Wiener Bevölkerung, welche in den Worten liegen, die Bevölkerung sei leidend, volllos und ehrlos, entschieden zurück und rief Mommsen zu: „Hand weg von Oesterreich!“

Nach einem Telegramm der „Neuen Freien Presse“ aus Graz ist es in der Nacht zum Sonntag dort zu einem blutigen Strahl zwischen deutschen und slavischen Studenten gekommen. Die Slaven überfielen die Deutschen ohne jede Ursache. Sechs Personen erlitten Verletzungen, eine größere Anzahl wurde verhaftet.

Der Stadtrath der Stadt Saaz hat in seiner am Sonnabend, dem 30. v. M., abgehaltenen Sitzung folgende Entschliessung einstimmig gefaßt: „Der Stadtrath von Saaz spricht dem Abgeordneten Dr. Lecher und allen Abgeordneten, die für die bedrohten Rechte des deutschen Volks so manhaft eingetreten sind, für ihre aufopferungsvolle und unerschrockene Haltung seine dankbare Anerkennung und Bewunderung aus mit der Bitte, in dem harten Kampfe weiter und so lange auszuhalten, bis unserer gerechten Sache der Sieg zu Theil geworden ist. Der Stadtrath von Saaz kann aber auch nicht unterlassen, dem Dr. Lueger, Bürgermeister der deutschen Hauptstadt Wien, sein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen, daß er als Abgeordneter sein bedrängtes Volk in den kritischsten Augenblick verlassen hat. Stadtrath Saaz.“

Die Stadtvertretung von Rumburg hat, wie die „Rumb. Ztg.“ schreibt, in ihrer letzten Sitzung folgenden Antrag einstimmig angenommen: „Angesichts der bedrohlichen Lage der Deutschen, des stetigen, systematischen Vordringens des Tschechentums und der wachsenden nationalen Gefahr

richtet die Gemeindevertretung Rumburgs an die deutschen Mitbürger der Stadt und der Umgebung die bringende Bitte und Aufforderung, zur Wahrung des deutschen Charakters unserer Stadt bei der Deckung ihrer Bedürfnisse in erster Reihe die deutschen Gewerbetreibenden, Handwerker und Geschäftsleute zu berücksichtigen und zu unterstützen. Die deutschen Familien sollen nur deutsche Dienstmoten, die deutschen Gewerbetreibenden nur deutsche Gehälfen und Lehrlinge anstellen, fremdnationale Arbeitskräfte sollen nach Thunlichkeit durch deutsche ersetzt werden. Nur durch einträchtiges und inniges Zusammengehen aller Deutschen kann es gelingen, das weitere Vordringen der Slavisierung zu hindern und damit zugleich unser gesamtes deutsches Wirthschaftsleben zu erhalten und zu kräftigen.“ Wader!

Der neue spanische Oberbefehlshaber auf Cuba, Marschall Blanco, scheint eine recht optimistisch veranlagte Natur zu sein. Er hat alsbald nach seiner Ankunft in Havannah ein Telegramm nach Madrid gerichtet, in dem er die günstige Meinung ausdrückt, die er hinsichtlich der Wiederherstellung der Ruhe auf Cuba gewonnen habe. Vorerst ist indessen unerfindlich, worauf Marschall Blanco diese seine günstige Meinung stützt, wenn erst einige Wochen ins Land gegangen sein werden, dann dürfte seine zuverlässige Auffassung von der Lage auf Cuba denn doch eine etwas andere geworden sein.

Auf Kreta wird keine Ruhe. In letzter Zeit sind wiederholte Ausschreitungen der dortigen Bevölkerung gegen die fremden Truppen begangen worden, infolgedessen die Mächte beschlossen, ihre Truppenkontingente auf Kreta zu verstärken. Von dem wachsenden Uebermuth der kretischen Insurgenten zeugt auch die Meldung, daß sie einen französischen Soldaten gefangen nahmen, welcher den Gorden überschritten hatte. Bei der gegenseitigen Erbitterung zwischen Christen und Mohamedanern auf Kreta mußte man dem Ausgange der Gerichtsverhandlung, welche für Mittwoch in Canca gegen jene 6 Mohamedaner angelegt war, die der Ermordung mehrerer Christen in Bilalaria beschuldigt sind, mit Besorgniß entgegenblicken; die Admirale hatten denn auch für genannten Tag umfassende militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen.

### Vaterländisches.

Wilsdruff, 5. November. Das Königlich Sächsische Statistische Bureau versendet an die Krankenhausverwaltungen einen Sonderabdruck aus Jahrgang 43 seiner Zeitschrift über die Bewegung in den sächsischen öffentlichen allgemeinen Krankenhäusern während der Jahre 1886 bis 1895. Unter den 110 sächsischen Anstalten nimmt darnach unser Wilsdruffer Krankenhaus mit 3716 verpflegten Personen (2110 Männer und 1606 Weiber) die 17., mit 54 905 Verpflegtagen (32 235 für Männer und 22 670 für Weiber) die 32. und mit einem Tagesbestande von 15 Kranken im Mittel die 30. Stelle ein. Mit 81 Sterbefällen (55 Männer = 2,6 Proz. und 26 Weiber = 1,6 Proz.) steht es numerisch an 48., hinsichtlich des Prozenttages (2,2 Proz. beider Geschlechter) an 1. Stelle in der (1.) Gruppe mit sehr geringer Sterblichkeit.

— Nr. 10 bis 12 des Seleg. und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen und Nr. 38 bis 46 des Reichsgesetzblattes sind beim Stadtrath eingegangen und liegen 14 Tage lang zu Jedermanns Einsicht in der Rathhauskanzlei aus. Das Inhaltsverzeichnis ist in der Hausflur des Rathhauses angeschlagen.

— Wir versehen nicht, die Mitglieder des Kgl. Sächs. Militärvereins darauf aufmerksam zu machen, daß die abschließende Jahresversammlung am 13. November stattfindet.

— Diejenigen Personen, welche um Ertheilung von Wandergewerbescheinen auf das Jahr 1898 nachsuchen wollen, seien darauf hingewiesen, daß sie die bezüglichen Anträge bereits jetzt beim Stadtrathe stellen können. Beim Beginn des neuen Jahres sind sie dann im Besitze der Scheine und können ihr Gewerbe ohne Unterbrechung ausüben.

— Theater. Mit großer Befriedigung verließen wir am Mittwoch Abend die Hallen Thalias, die die Direktion Schmidt im Saale des Hotels zum Adler aufgebaut hat. Der zahlreiche Besuch dürfte der bestete Beweis dafür sein, daß die Direktion es vorzüglich versteht, die Sympathien unseres theaterliebenden Publikums zu